



**Frauen Union**

## **Idee der Chancengesellschaft realisieren!**

### **Für eine bessere Bildungspolitik – gegen die Armut von Familien mit Kindern**

Die Frauen Union Berlin setzt sich ein für die Realisierung der Idee der Chancengesellschaft. In einer Chancengesellschaft stehen allen bestmögliche und gerechte Startchancen und ungeachtet der sozialen Herkunft zur Verfügung. Die Realisierung der Idee einer Chancengesellschaft führt also zu einer Gesellschaft, in der keiner sozial ausgegrenzt bleibt, der willig ist sich zu beteiligen.

In diesem Sinne setzt sich die Frauen Union Berlin für Familien mit Kindern ein, insbesondere die in Armut leben. Denn nur so lässt sich die Zukunft für die junge Generation gestalten, die schließlich zu einem höheren Lebensstandard für alle Bevölkerungsschichten und Generationen führt.

Zukunftsgerichtete Politik für Familien und Kinder hier und jetzt!

### **1. Zukunft schenken – Mehr Geld für die Bildung der jungen Menschen!**

Ausgaben in Bildung und Forschung sind mehr als nur Ausgaben, es sind Investitionen in die Zukunft. Bildung schenkt Zukunft für alle jungen Menschen. Die rot-dunkelrote Regierung spart an den Ausgaben für Bildungs- und Früherziehungseinrichtungen. Die jungen Generationen werden die Auswirkungen jetzt und in der Zukunft zu tragen haben. Die Frauen Union Berlin unterstützt explizit das ausgearbeitete „Berliner Modell“ der Kommission „Masterplan Bildung“ der CDU Berlin, weil es eine schlüssige Antwort auf die Forderungen der Frauen Union zur Verbesserung der Bildung junger Menschen gibt. Die Forderungen der Frauen Union Berlin nach zukunftsweisenden Investitionen in Bildung beinhalten insbesondere:

1. mehr Lehrer, weniger Unterrichtsausfall für die Schüler: die Frauen Union befürwortet die Einbindung externer Lehrender und Dozenten, insbesondere im gymnasialen Unterricht. Wir fordern die Einstellung von zusätzlichen Lehrern und die Abdeckung von 110% pro Schule, damit Unterrichtsausfall kompensiert wird.

2. die bessere Ausstattung der Schulen mit Lernmaterialien, z.B. PCs,;

*Frauen – Union der  
Christlich Demokratischen  
Union Berlin*

*Kleiststraße 23-26  
10787 Berlin*

*Tel.: 030/32 69 04-39  
FAX 030/32 69 04-56*

*[www.frauenunion-berlin.de](http://www.frauenunion-berlin.de)  
[info@frauenunion-berlin.de](mailto:info@frauenunion-berlin.de)*

**CDU**

3. die Rückkehr zur Lernmittelfreiheit: Schulbücher sollen zukünftig wieder für alle Kinder von der Schule gestellt werden, um Familien mit mittleren Einkommen zu entlasten.

4. die Einführung des Wahlpflichtfaches Religion an Schulen und Eltern die Entscheidung zu überlassen, damit die Schüler die freie Wahl zwischen Ethik und Religion erhalten.

5. die Wiedereinführung von Kopfnoten, um Schülern ihre Stärken und Potentiale im Umgang miteinander verbindlich aufzuzeigen.

6. eine Abkehr von der Einführung der Einheitsschule.

7. für jedes Kind ein kostenloses Mittagessen an den Schulen. Dies gewährleistet eine Grundversorgung aller Kinder und für Kinder ein gemeinsames Mahl wichtig ist zur Förderung der Esskultur.

8. Schule ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung. Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen begleiten und beeinflussen gemeinsam unsere Kinder.

9. eine gesetzliche Grundlage für Gewaltprävention an jeder Schule, um Gewaltverhalten begegnen zu können sowie eine gesetzliche Grundlage für die verbindliche Einsetzung mindestens einer pädagogisch ausgebildeten Kontaktperson (Sozialpädagogin oder Psychologin). Die Möglichkeiten der Polizei und der Jugendhilfeeinrichtungen, regelmäßige Sprechstunden an den Schulen anzubieten, müssen Berlinweit gefördert werden.

10. eine Verbesserung der Kinderbetreuung: Kitas müssen eine Bildungseinrichtung sein, daher sind sie personell so auszustatten, wie es die einschlägige europäische Richtlinie vorsieht. Der Personalschlüssel ist nach den Vorgaben dieser Richtlinie zu ändern. Nur so kann eine verantwortungsbewusste Betreuung in den Kitas gewährleistet und der Bildungsauftrag erfüllt werden. Die Kindertagesstätten müssen außerdem den Fokus auf die frühkindliche Bildung legen. Wir fordern deshalb, dass die Ausbildung der Erzieher an den Zielen frühkindlicher Bildung ausgerichtet wird, damit die Erzieher qualitativ den Anforderungen gewachsen sind und die Kinder angemessen fördern können. Anspruchsvolle Kita-Erziehung erfordert angemessene Vor- und Nachbereitungszeiten für die Erzieherinnen. In diesem Sinne fordert die Frauen Union Berlin, dass wieder Vorklassen mit verbindlichem Rahmenplan in den Kindertagesstätten oder Grundschulen verbindlich eingerichtet werden, weil sie als Vorbereitung der Kinder im letzten Kindergartenjahr auf die Schule einen wertvollen Dienst für die frühkindliche Erziehung leisten. Schließlich setzt sich die Frauen Union Berlin dafür ein, dass jedes Kind im vorletzten und letzten Kindergartenjahr einmal jährlich im Kindergarten dem Logopäden vorgestellt wird, um mögliche

Sprachentwicklungsstörungen frühzeitig erkennen und therapieren zu können. Je früher Störungen bei der Sprachentwicklung erkannt werden, desto leichter können die Kinder entsprechend gefördert werden.

11. bessere Zusammenarbeit der Behörden und der Eltern bei der Einschulung: dass Schul- und Jugendverwaltung bei Problemen in Zusammenhang mit den verpflichtenden Schuleingangsuntersuchungen zwingend zusammenarbeiten. Den Eltern ist ein Mitspracherecht bei der Einschulung ihrer Kinder, die vor Vollendung des sechsten Lebensjahres eingeschult werden, einzuräumen.

## **2. Bekämpfung der Armut von Familien mit Kindern durch Bildung**

2,5 Millionen Kinder in Deutschland, mithin jedes sechste Kind, wachsen in ärmlichen Verhältnissen auf und sind von Armut bedroht. Kinder sind damit gesamtgesellschaftlich betrachtet überdurchschnittlich häufig von Armut oder prekären Wohlstand betroffen, ohne dass sie ihre eigene Situation selbst beeinflussen könnten. In Berlin leben sogar 38,5% der Kinder in Haushalten, die staatliche Unterstützung erhalten und darauf angewiesen sind.

Die Tatsache, dass Kinder in Armut aufwachsen, korreliert dabei nicht selten mit dem Bildungsniveau der Eltern. Familien mit bildungsfernen Eltern weisen Schwierigkeiten beim alltäglichen Zusammenleben und bei der Bewältigung von Problemen auf, die andere nicht kennen. So bewirken der Geldmangel, fehlendes Interesse und das Schamgefühl der Eltern, dass die Familien am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben und so die Entwicklungschancen ihrer Kinder einschränken.

Es sind nicht nur, aber auch inner-familiäre Verteilungsprobleme, die dazu führen, dass das Geld nicht bei den Kindern ankommt. Der größte Schaden liegt aber in dem Verlust an Chancen und den begrenzten Möglichkeiten der Jugendlichen, sich zu verantwortungsbewussten und selbst bestimmten Menschen zu entwickeln.

Viele der Jugendlichen weisen schon heute keine für das Berufsleben notwendigen Kulturtechniken, wie beispielsweise Team- und Kommunikationsfähigkeiten, auf und werden keine vernünftige Berufsausbildung absolvieren können. Die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Armut von Familien mit Kindern sind mithin sehr bedeutend, offenkundig und gleichen einem Teufelskreis.

Wichtiger noch als der materielle wiegt dabei der soziale Mangel. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben meistens kein soziales Netzwerk und kennen keine Strukturen, in denen sie gefördert und befähigt werden, sich

weiterzuentwickeln. Die sprachlichen Qualifikationen der Kinder verkümmern, weil sich niemand mit ihnen beschäftigt; sie werden dem Fernsehen und Computer überlassen. Misserfolg in Schule und Beruf sind vorprogrammiert und die Kinder wachsen zu Erwachsenen mit ebenso schwachen sozial-emotionalen Kompetenzen heran wie ihre Eltern.

Präventionsarbeit gegen die Folgen von Armut müssen daher angemessen finanziell ausgestattet werden, da die Versäumnisse in der Gesundheitsförderung und Bildung im Kindes- und Jugendalter nicht mehr aufzuholen sind. Neben mehr Ausgaben für Bildung fordern wir staatliches Engagement gegen die Folgen von Armut für Kinder auf folgenden Gebieten:

1. Die Entwicklungs- und Bildungsangebote in Schulen, Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen müssen ausgebaut werden. Die Finanzierung sollte u.U. dadurch ermöglicht werden, dass von kommenden Erhöhungen des Kindergeldes, die über das per Grundgesetz eingeräumten Erhöhungen hinausgehen, Abstand genommen wird und stattdessen die Eltern Bildungsgutscheine für Bildungsangebote, kostenloses Schulesen oder Beitragszahlungen für sportlich-musisch-künstlerische Einrichtungen erhalten.
2. Eltern, die nur schlecht über die herkömmlichen Wege (Schule, Kindergarten) erreichbar sind, müssen verstärkt angesprochen werden. „Hilfen zur Erziehung“ muss ausreichend zur Verfügung gestellt und sinnvoll eingesetzt werden. Die Mittel für die Stadtteilmütter und die Mutterkurse an den Volkshochschulen müssen ausgebaut werden.
3. die frühkindliche Bildung muss verstärkt werden: Der Wert dieser Bildung wird bislang ungenügend in der frühkindlichen Erziehung beachtet, obgleich der Erwerb von lautsprachlichen oder fein- und grobmotorischen Fähigkeiten im frühen Kindesalter stattfindet. Diese Fähigkeiten beeinflussen die weitere Entwicklung von Kindern und müssen deswegen stärker gefördert werden. Die Erziehung der Kinder im musisch-künstlerischen Bereich ist Pflichtaufgabe der Kitas. Dazu gehört das Malen und das Basteln, das Tanzen und das Singen. Jedes Kind soll am Ende der Kita-Zeit einige deutsche Kinderlieder singen und einige geeignete Kindergedichte in deutscher Sprache auswendig aufsagen können.
4. Es ist im 4., 5. und im 6. Lebensjahr eines jeden Kindes ein altersgerechter Sprachtest durchzuführen, der über den Entwicklungsstand des Kindes Auskunft gibt und aufgrund dessen Ergebnis die im Einzelfall notwendigen sprachlichen Bildungsmaßnahmen festgelegt werden können. Ziel ist es, die Kinder „fit“ für die Schule zu machen.
5. Präventionsarbeit muss ganzheitlich sein und neben Bildungsangeboten, die Vermittlung von Umgangsformen, die Ernährungserziehung, Sprach- und Bewegungsförderung der Kinder umfassen. Die Versäumnisse in der Gesundheitsförderung und Bildung im Kindesalter sind im Jugendalter

nicht mehr aufzuholen, deswegen müssen die organisatorischen Strukturen von Schule und Kita die Ansprache von Kindern aus Familien mit schwachem Einkommen verbessern.

6. Die Frauen Union Berlin ist für die Pflicht zu regelmäßigen Kinderarztbesuchen (U-Untersuchungen). Sie sind nach der Durchführung der jeweiligen Untersuchung gegenüber dem Jugendamt nachzuweisen. Die Pflicht zur Untersuchung muss unter Verhängung einer Sanktion (z.B. durch ein Bußgeld) bei Verstoß gegen die Nachweispflicht gelten. Eine gute Präventionsarbeit entbindet nicht von der Eigenverantwortung der Eltern. Deshalb unterstützt die Frauen Union die Eigenverantwortung der Eltern.

### **3. Jugendfreundliches Berlin – Sichere Entfaltungsmöglichkeiten für die Jugend!**

Die Jugend ist unsere Zukunft. Berlin muss deswegen sowohl weiterhin interessant für junge Menschen bleiben sowie für Familien. Sorgen wir dafür, dass sie eine gute Zukunft haben! Nur so bleibt die Stadt in Bewegung.

Die Frauen Union Berlin fordert daher:

1. in ausreichender Zahl beispielbare Kiez-Sportplätze, Schwimmbäder und Half-Pipes (Skateranlagen) für junge Leute, saubere und gesicherte Spielplätze für die Kinder. Diese sollen den Kindern und Jugendlichen als Anlaufstelle in ihrer Freizeit und als Möglichkeit, sich sportlich-spielerisch zu entfalten dienen. Solche Einrichtungen fördern damit insbesondere das friedliche Miteinander und Verständnis unter den Jugendlichen. Es ist ein Widerspruch, eine kinderfreundliche Gesellschaft zu fordern und sich dann über den Lärm der Kinder beim Spielen zu beschweren. Deshalb setzt sich die Frauen Union Berlin für einen Ausgleich zwischen Spiel- und Bolzplätzen sowie dem Ruhebedürfnis von Anwohnern ein.
2. weitere Hot Spots und freies WLAN (kabelloser Internetzugang), damit Alt und Jung die Chancen der heutigen Kommunikationsmittel und Informationsbeschaffungsmöglichkeiten frei nutzen können. Diese sind insbesondere für die jungen Leute wichtig, da sie in der heutigen Zeit ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit mit Hilfe moderner Technologien im Beruf benötigen.
3. mehr Projekte gegen Gewalt an und von Jugendlichen auch in den Schulen in Zusammenarbeit mit den Polizeiabschnitten initiiert bzw. auszubauen. Als positives Beispiel könnte sich die Kooperation mit der Polizei beim Projekt „Stoppt TOKAT“ (in Friedrichshain-Kreuzberg) erweisen. *Tokat* (türk.) bedeutet eigentlich „Ohrfeige“ bezeichnet heutzutage allerdings das „Abziehen“ bzw. Klauen von Gegenständen, beispielsweise die Handys der Schulkameraden etc.

4. ein umfassendes Freizeitangebot in der Form von Jugendfreizeiteinrichtungen, Schülerclubs und aufsuchender Jugendarbeit.
5. mehr Engagement von Seiten des Senats gegen die Verwahrlosung ganzer Kiezbereiche. Der vermüllte Zustand vieler Straßen und Plätze, Hundekot auf den Gehwegen und illegales Graffiti stellen einen Brutherd für Kriminalität dar und bedeuten nicht selten den Anfang einer Entwicklung, die in einer Verschlechterung der sozialen Stadtteilentwicklung mündet.

Beschlossen auf dem Landesausschuss am 25. Mai 2010 bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.